



NEWSLETTER III/2013

NORD|SÜD *news*



Foto: © Daniel Santini/Repórter Brasil

Arbeitsschuhe? Gesundheitsschutz? Verbot von Kinderarbeit? Im Schlachthof Lagoa de Pedras Fremdwörter

Brasiliens Fleischindustrie – Ausbeutung frisch auf den Tisch

Mit der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 und den Protesten im Frühsommer ist das Schwellenland Brasilien in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt. Wie lebt und arbeitet es sich in diesem Land? Die Fleischindustrie, die der größte Exportmotor des Landes und staatlich gefördert ist, gibt kein gutes Bild ab: Die Zustände sind wenig menschenwürdig.

Brasilien hat sich in den letzten zehn Jahren zum weltweit größten Exporteur von Rind- und Geflügelfleisch entwickelt. Aber das reicht der Regierung in Brasília nicht. Ihr Ziel: Bis zum Jahr 2020 sollen Produkte „made in Brazil“ mehr als 45 Prozent beider Märkte ausmachen. An der Spitze der in schwindelerregendem Tempo wachsenden Industrie, die Restaurants und Supermärkte

auf allen Kontinenten erobert hat, stehen die drei Konzerne BRF, JBS und Marfrig. Aber in den Millionen von Mahlzeiten, die sie täglich weltweit liefern, steckt auch schwer Verdauliches: Denn die 750.000 Arbeiter der Branche sind ständig gesundheits- und lebensgefährdenden Risiken ausgesetzt.

Den Behörden ist das längst bekannt. Seit 2007 veröffentlicht das Arbeitsministerium einen Indikator – den Nexo Técnico Epidemiológico Previdenciário – dafür, wieviel Geld in welcher Industrie für Unfälle und arbeitsbedingte Krankheiten ausgegeben wird: Entschädigungen für Arbeiter in der Fleischindustrie stehen dabei ganz oben. Kein Wunder, gibt es doch etwa in Rinderschlachtereien dreimal so viele Arm- und Schulterverletzungen wie in anderen Branchen.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Im Fokus: Brasilien

- | Titel: Brasiliens Fleischindustrie – Ausbeutung frisch auf den Tisch S. 1–2
- | Kommentar: Werdet wie die globalisierten Unternehmen: International! S. 3
- | Nach dem politischen Beben im Juni: „Wir werden weiterhin streiten“ S. 4
- | Gesundheit: „Wir sind versorgt, aber du musst Geduld haben“ S. 5
- | Die Prekären: Jung, weiblich – und ohne festen Vertrag S. 6
- | Das Büro des DGB Bildungswerk BUND: Niklaas Hofmann im Interview: „Wir wollen Gewerkschaften vor Ort unterstützen!“ S. 7

Notiert

- | Eine Million für die Finanztransaktionssteuer; Bangladesch: Hoffen auf Entschädigung; Anti-Gewerkschaftsterror im Königreich
Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1

In Geflügelschlachthöfen ist die Depressionsgefahr besonders hoch. In den Hallen ist es sehr kalt. Bei der Arbeit mit scharfen Messern und dünnen Klingen kommen immer wieder schwere Verletzungen vor. Eines der größten Probleme ist das hohe Arbeitstempo, das verlangt wird. In Hühnerschlachtereien müssen die Arbeiter in einer Minute vier Hühnerkeulen entbeinen. Gewerkschafter haben Inspektoren in die Betriebe geschickt. Diese haben beobachtet, dass 20 Bewegungen notwendig sind, um einen Knochen zu lösen. Das macht für einen Arbeiter in dieser Abteilung 80 Bewegungen pro Minute. Das geht weit über die Empfehlungen von Ärzten hinaus. Medizinisch-ergonomische Studien zeigen: Bei mehr als 25 bis 33 Bewegungen pro Minute leidet die Skelettmuskulatur dauerhaft. Verstärkt wird das Problem durch die überlangen Arbeitstage mit bis zu 15 Stunden und die Tatsache, dass manche Arbeiter nicht einmal das Recht auf einen arbeitsfreien Tag pro Woche durchsetzen können.

Gesundheitsrisiken

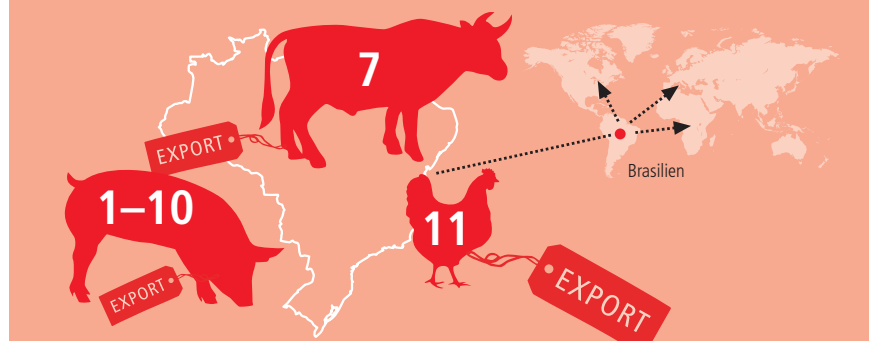
In Rinderschlachtereien gibt es doppelt so viele Kopf- und dreimal so viele Bauch-, Schulter- und Armverletzungen wie in anderen Branchen. In Geflügelschlachtereien ist die Gefahr, psychische Störungen wie etwa eine Depression zu entwickeln, fast dreieinhalbmal höher als im Schnitt. Das Risiko von Handgelenks- oder Artnervverletzungen liegt in Schlachthöfen für Geflügel und Schweine 743 Prozent über dem an anderen Industrie-arbeitsplätzen.

Die Nichtregierungsorganisation Repórter Brasil hat im Jahr 2012 eine umfassende Studie gemacht, unter welchen Bedingungen die Beschäftigten bei den Fleischexporteuren BRF, JBS und Marfrig arbeiten (www.slaughteringpeople.org). Dafür hat sie 24 Fabriken untersucht, deren Besitzer verklagt oder wegen schwerwiegender Probleme in der Arbeitsorganisation zu Bußgeldzahlungen verurteilt wurden – oder die gleich ganz geschlossen werden mussten. Ebenso haben sie gezeigt, welche Verbindungen BRF, JBS und Marfrig zu den weltweit größten Nahrungsmittel- und Handelskonzernen pflegen, also zu McDonald's, Subway, Burger King, Yum! oder Brands, aber auch zu Walmart, Carrefour, Tesco, Metro, Kroger, Lidl, Costco, Walgreens, Aldi, Target. Ergebnis: Jedes dieser Unternehmen hat mit zumindest einem der drei großen Fleischkonzerne in Brasilien zu tun. In Zeiten globalisierten Handels sollte das eine Warnung sein. Denn es zeigt, wie die führenden Marken ein Netzwerk fördern und unterstützen, das Tausende brasilianischer Fleischarbeiter krank und letztlich erwerbsunfähig macht.

I Brasilien – Global Player am Weltfleischmarkt

Brasilien gehört neben der USA und China zu den größten Produzenten von Rind-, Geflügel- und Schweinefleisch. Die drei Länder tragen in jeder dieser Tierarten zwischen 43

und 59 Prozent zur weltweiten Produktion bei. Im Vergleich zum Jahr 2001 hat sich die Zahl der in Brasilien geschlachteten Tiere verdoppelt. Im Jahr 2012, so die offizielle Statistik, machten die brasilianischen Fleischexporte insgesamt 15,266 Milliarden US-Dollar aus.



Für den weltweiten Export bestimmte aktuelle Fleischproduktion in Brasilien in Millionen Tonnen

In einer JBS-Fabrik in Barretos, einer Stadt im Staat São Paulo, beispielsweise, sind 1.850 Menschen beschäftigt. Allein im ersten halben Jahr 2011 beantragten nach Angaben der Behörden knapp 500 von diesen eine Auszeit wegen psychischer Störungen oder Muskelerkrankungen. Wenn die Arbeitsbedingungen nicht verbessert werden, schätzen Experten, wird sich bald im Schnitt jeder von ihnen sieben mal im Jahr krank melden. Alle Angestellten werden an Erkrankungen des Bewegungsapparates leiden, 17 Prozent unter mentalen Beschwerden.

Aber es gibt auch andere Formen von Missachtung. Am Marfrig-Standort in Rio Verde im Staat Goiás etwa verklagten die Anwälte der Arbeiter die Geschäftsleitung im vergangenen Jahr wegen Schikanen. Die Manager hatten von ihren Angestellten verlangt, Hintergrundüberprüfungen mitzumachen und polizeiliche Führungszeugnisse beziehungsweise Auszüge aus dem Strafregister vorzulegen. Die Anwälte warfen dem Betrieb außerdem vor, die Aufschläge für besonders unappetitliche Arbeiten in Abteilungen, in denen etwa Eingeweide, Kot und Urin bearbeitet werden, zu verweigern.

Immigranten arbeiten oft in sogenannten Halal-Schlachtereien, die nach den Regeln des Islam produzieren, damit das Fleisch in muslimische Länder verkauft werden kann. Und hier sind die Arbeitsbedingungen häufig besonders miserabel. Im November 2011 verurteilte ein regionales Arbeitsgericht im Staat Paraná eine BRF-Fabrik in der Stadt Dois Vizinhos zu einer Strafe von 425.000 US-Dollar als Ausgleich für illegales Outsourcing und inhumane Arbeitsbedingungen für muslimische Beschäftigte. Diese mussten 15 Stunden am Tag arbeiten – und das im Akkord. Konkret hieß das, etwa in einer Minute 75 Hühner zu schlachten.

Anwälte, Experten für Arbeitssicherheit und Gewerkschafter erklären seit vielen Jahren, dass die Arbeitsprozesse in Fleischfabriken neu definiert werden, Pausen eingeführt und die Geschwindigkeiten der Arbeitsprozesse zurückgenommen werden müssen. Dagegen hat sich die Fleischindustrie immer gewehrt. Im April dieses Jahres hat die brasilianische Regierung ein Gesetz verabschiedet, das Arbeitstempo und -sicherheit – etwa den Abstand von zu scharfen Messern und Klingen, die Ausstattung mit Fließbändern und Tischen – sowie Arbeitsprozesse neu regelt. Außerdem müssen die Unternehmer Pausen gewähren. Derzeit müssen Leute, die zwischen 7 Stunden 40 Minuten und 9 Stunden 10 Minuten am Tag arbeiten, insgesamt 40 Minuten Pause haben. Ab Oktober 2014 werden es 60 Minuten sein.

Die neue Regelung kam nur unter sehr großem Druck von Arbeitern, Aktivisten, Anwälten, Gewerkschaften und manchem staatlichen Gutachter zustande. Obwohl sie einen historischen Schritt bedeutet, ist noch nicht klar, ob nun auch Schluss ist mit den Gesundheitsproblemen und der Ausbeutung in der Fleischindustrie. Als erstes muss das Gesetz in Kraft treten – und schon das ist eine Herausforderung. Es ist enorm wichtig, genau zu beobachten, ob und wie die neuen Regeln in die Praxis umgesetzt werden.

André Campos, Carlos Juliano Barros und Leonardo Sakamoto

 André Campos, Journalist, spezialisiert auf die Erforschung von Lieferketten; Carlos Juliano Barros, Journalist und Geograph; Leonardo Sakamoto, Journalist und Politologe. Alle drei arbeiten für die NGO Repórter Brasil, die sich mit Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz und sozialen Themen beschäftigt.

Übersetzung aus dem Englischen: Hanna Gersmann



Werdet wie die globalisierten Unternehmen: International!

Ein Brasilianer, der in Brasilien arbeitet, kann denselben Arbeitgeber haben wie ein Beschäftigter, der in Deutschland oder in einem anderen Teil der Erde geboren wurde und lebt. Die Personalabteilungen der Unternehmen sind globalisiert. Das fordert die Gewerkschaften heraus zum gemeinsamen Handeln. Nur so können Arbeitsplätze und Gehälter verteidigt werden. International. Die organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter müssen sich zusammenschließen.

Die Geschäftsbeziehungen der transnationalen Unternehmen haben zu einem neuen Modell des Beschäftigten geführt. Aktuelles Beispiel: Der japanische Autokonzern Nissan unterhält mit dem französischen Multi Renault eine strategische Partnerschaft. In den USA hat der Vorsitzende des Unternehmens, ein Brasilianer, alle nur denkbaren Möglichkeiten des US-Rechts ausgeschöpft, um die gewerkschaftliche Organisation in der Firma zu behindern und zu unterbinden.

Die Kolleginnen und Kollegen dort haben sich an uns gewandt, um ein internationales Gewerkschaftsnetzwerk zu etablieren und in allen Filialen von Nissan zu mobilisieren. Dieser Aufbau von internationaler gewerkschaftlicher Arbeit in multinationalen Unternehmen ist wichtiger Teil der politischen Strategie der Gewerkschaftsbewegung. Er muss es sein. Die großen Unternehmen machen sich regionale Asymmetrien zu nutze. Unterstützt



Gemeinsam gegen den Opportunismus der Multis: Gewerkschafter, hier von der CUT

Foto: © PT na Câmara; CC BY-NC 2.0

werden sie dabei von mancher nationalen Regierung. Vor kurzem war ich in Costa Rica und Nicaragua. Dort habe ich selbst gesehen, wie US-Unternehmen die günstige Arbeitskraft in den beiden zentralamerikanischen Ländern ausnutzen. Sie sind immer auf der Suche nach den größten Gewinnen, stoßen aber keine Entwicklung an. Es gibt keinen Technologietransfer, keine guten Gehälter, keine besseren Arbeitnehmerrechte.

Dieses opportunistische Vorgehen ist in vielen Weltregionen zu beobachten. Gewerkschafter allerorten müssen bereit sein, es anzuklagen und zu bekämpfen. Noch ein Beispiel: In Brasilien hat vor wenigen Monaten ein Großunternehmen öffentlich angekündigt, seine Tochterunternehmen in Länder zu verlagern, die allenfalls eine minimale Arbeitsgesetzgebung haben. Man könne so auch noch Steuern sparen. Gegen dieses rücksichtslose Verhalten hilft nur Druck – auf Regierungen, auf Regionalbünde, auf multilaterale Organisationen. Sie müssen verstehen, dass regionale und kontinentale Mindeststandards gebraucht werden – für Gehälter, für Arbeitsrechte, für Umweltschutz, für Vereinigungsfreiheit und demokratische Rechte in den Arbeitsbeziehungen. Dies gilt natürlich auch für multinationale Unternehmen brasilianischer Herkunft, die außerhalb unseres Landes jene Praktiken reproduzieren, die wir bei ausländischen Unternehmen in unserem Land verurteilen.

Für diese Auseinandersetzung wird nicht nur die Gewerkschaftsbewegung gebraucht, es bedarf der sozialen Bewegungen als Ganzes. Die brasilianische Regierung von Dilma Rousseff will nun ein Forum gründen mit Vertretern der Regierung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Sie setzt damit einen Vorschlag von uns um. Das Ziel: Die

brasilianische Außenpolitik und die internationale Zusammenarbeit sollen demokratisiert werden.




Eine Verbündete? Staatspräsidentin Dilma Rousseff

Foto: © blog.planalto.gov.br; CC BY-NC 2.0

Für Brasilien gibt es einen ganz bestimmten Grund, warum wir neben der Einhaltung der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation die Stärkung kollektiver Tarifverhandlungen fordern: Die brasilianische Regierung hat viele der internationalen Projekte der Privatindustrie massiv mit Steuergeldern unterstützt.

Artur Henrique

 Artur Henrique ist beigeordneter Sekretär für internationale Beziehungen der CUT und Präsident des Instituts für internationale Kooperation der CUT.

Übersetzung aus dem Brasilianischen:
Niklaas Hofmann und Hanna Gersmann



Steht für internationale Kooperation: Artur Henrique

Foto: © UNI Global Union; J. Gairdã/SEEB-SP; CC BY 2.0



„Wir werden weiterhin streiten“

Sie kämpfen und protestieren immer noch in den Metropolen. Doch die Junitage haben das Land verändert, sagt die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf menschenwürdiges Wohnen. Der Nahverkehr soll an manchen Orten verbessert werden, Zwangsumsiedlungen werden gestoppt.

Das „Aber“ ist entscheidend. In Brasilien sei es in den letzten zehn Jahren ganz gut vorangegangen, setzt Vagner Freitas, der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, an. Doch dann kommt es. „Aber“, so ruft er, „noch nicht weit genug“. Und dann zählt er auf: „Nach wie vor dominieren die Interessen der Bourgeoisie, des Großgrundbesitzes, das Einkommen ist sehr ungleich verteilt. Wir werden weiterhin für einen demokratischen Staat und eine sozialistische Gesellschaft streiten.“



Foto: © Gerhard Dilger

Generationsübergreifender Protest: Die Jugend von 1968 hilft der Jugend von 2013

Ein paar tausend GewerkschafterInnen ziehen durch die Avenida Paulista, das Finanzzentrum der Wirtschaftsmetropole São Paulo. Es ist Ende August dieses Jahres. Unweit protestiert die Konkurrenz von der rechten Gewerkschaft Força Sindical. Zum Forderungskatalog der beiden großen Gewerkschaftsverbände, wie auch der kleineren Bünde gehören höhere Renten und eine geringere Wochenarbeitszeit, also statt 44 nur 40 Stunden, sowie bessere Bildungs- und Gesundheitsangebote. Dazu kommt der Widerstand gegen Pläne im Bundesparlament, die Arbeitsverhältnisse weiter zu flexibilisieren. Und ähnlich wie bei den riesigen Kundgebungen im Juni – damals gingen rund zwei Millionen meist junge BrasilianerInnen auf die Straße – werden mehr Investitionen in den Nahverkehr angemahnt.

Allerdings: Es hapert gewaltig mit dem erhofften Schulterschluss zwischen „alten“ und „neuen“ sozialen Bewegungen: Viele kampferprobte Führungskader von Gewerkschaften oder alteingesessenen Nichtregierungsorganisationen sind zugleich Mitglieder oder Sympathisanten der regierenden Arbeiterpartei PT. Die meisten politisch aktiven 15- bis 30-Jährigen sehen darum keine großen Unterschiede mehr zwischen den Kräften des politischen Establishments. Aus ihrer Perspektive sind PT und CUT allzuvielen Kompromisse mit den Mächtigen eingegangen. In Sachen Korruption hat die Arbeiterpartei schon längst ihre Unschuld verloren.

Schon im Juli, als die Gewerkschaften zusammen mit der Landlosenbewegung zum Generalstreik aufgerufen hatten, blieben die Aktivitäten auf einige Großstädte beschränkt. Im August war das

nicht anders. Mit den Jugendprotesten, die den Regierenden vor Monaten einen gehörigen Schrecken eingejagt hatten, ist es ähnlich. Dennoch: Die urbanen Fragen bleiben auf der Tagesordnung.

In São Paulo richteten sich die Proteste zuletzt gegen die von der rechtsliberalen Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB) angeführte Regierung des Bundesstaates São Paulo. Der Grund: ein neuer, großer Bestechungsskandal. Es wurde bekannt, dass die Konzerne Siemens, Alstom, Mitsui und CAF ihre Preise für U- und S-Bahnen jahrelang abgesprochen haben. Sie kassierten bis zu 30 Prozent mehr als nötig. Und Funktionäre und Politiker billigten das. Die Aktivisten der Bewegung für Freie Fahrt im öffentlichen Nahverkehr, die die Proteste im Juni anführten, durften sich



Foto: © Gerhard Dilger

Maulkorb für Ex-Volksheld Pele, der den Protestlern riet, nach Hause zu gehen und sich auf den Fußball zu konzentrieren.

bestätigt fühlen. Sie haben die Komplizenschaft der Regierungen mit großen Transportunternehmen von jeher gegebelt.

Haben die Junitage 2013 Brasilien verändert? Im Zuge des Confederation Cup nahmen sich die ProtestlerInnen damals auch die Fifa vor. Präsidentin Dilma Rousseff stellte eine Reform des politischen Systems in Aussicht. Raquel Rolnik ist eine weltweit anerkannte Urbanistin und UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf menschenwürdiges Wohnen. Sie sieht nach dem „politischen Beben“ im Juni einen „Riss“ zwischen den alten Eliten den, wie sie sagt, „Rückständigsten, Elitärsten und Arrogantesten“ in Brasilien, sowie den Impulsgebern des Wandels. Und ihre Kollegin Ermínia Maricato sagt: „Auf kommunaler Ebene sind die Dinge endlich wieder in Bewegung geraten, die Politiker in Rio oder São Paulo müssen zumindest in Teilbereichen einlenken.“

So bekamen die BewohnerInnen des bekannten Armenviertels Vila Autódromo am Zuckerhut ein Bleiberecht zugesagt. Sie sollten ursprünglich für Olympia 2016 zwangsumgesiedelt werden. Die Sportanlagen liegen in ihrer Nähe. Und im Vorfeld der WM 2014 sollen die öffentlichen Nahverkehrssysteme zumindest in den zwölf Austragungsorten spürbar verbessert werden. Allerdings fördert die Bundesregierung durch Steuernachlässe immer noch den Kauf von kleinen Autos und damit die Ausweitung des Individualverkehrs. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Pkw in den Städten verdoppelt. Von 2003 bis 2011 unter PT-Staatschef Lula da Silva und ab dann unter Dilma Rousseff sind um die 40 Millionen BrasilianerInnen in die „neue Mittelschicht“ aufgestiegen. Der Mindestlohn wurde real um 70 Prozent erhöht. Strukturformen blieben jedoch aus. Ob die Präsidentin bis zu den Wahlen in einem Jahr neue Akzente setzen können, ist ungewiss.

Gerhard Dilger

Der Autor lebt in São Paulo.



„Wir sind versorgt, aber du musst Geduld haben“

Jeder bekommt Hilfe, jede Operation ist kostenlos: Im Grunde ist das Gesundheitssystem in Brasilien einzigartig. Doch viele Brasilianer klagen. Denn tatsächlich fehlen Ärzte und Geld.

Brasilien hat ein öffentliches, universelles Gesundheitssystem. Jeder der über 190 Millionen Brasilianer kann einen Gesundheitsposten oder in Notfällen ein Krankenhaus aufsuchen und medizinische Hilfe bekommen. Von der Beratung bis zur Operation ist alles kostenlos – unabhängig von einer Beschäftigung oder dem sozialen Status. Brasilien ist das einzige Land mit über 100 Millionen Einwohnern, das über eine solche Gesundheitsversorgung verfügt. Aber es ist immer noch ein Zweiklassen-System. Vor 25 Jahren, mit der nach Ende der Militärdiktatur verabschiedeten Verfassung, wurde das Gesundheitssystem SUS (Sistema Único de Saude) in allen Landesteilen eingerichtet. Knapp 70 Prozent der Bevölkerung werden damit medizinisch versorgt. Nur wer es sich leisten kann, ist privat versichert und hat damit auch Zugang zu den Ärzten und Krankenhäusern, die nicht dem SUS angehören. Die Qualität der medizinischen Leistungen ist gut, brasilianische Zahnärzte beispielsweise zählen zu den Besten weltweit. Dennoch hinkt die Praxis ihrem Anspruch hinterher: Zu wenig Geld, unzureichende Infrastruktur und vor allem die ungleiche Verteilung der Gesundheitseinrichtungen im größten Land Südamerikas machen das SUS zu einem Sorgenkind.



Förderung: FIFA-Standard auch für Impfungen

„Es ist sehr wichtig, dass es das SUS gibt. Früher ist meine Mutter oft einfach nicht zum Arzt gegangen, weil sie ihn nicht bezahlen konnte“, sagt Valeria Gomes. Die 40-Jährige arbeitet sozialversichert als Hausangestellte. Für einen der teuren privaten Gesundheitspläne reicht ihr Einkommen



ÄrztInnen fehlen vor allem auf dem Land und in den Armenvierteln

aber nicht aus. „Wir sind versorgt. Aber du musst viel Geduld haben, drei, vier Stunden Wartezeit für eine erste Untersuchung ist die Regel in meinem Stadtteil. Die Vermittlung an einen Spezialisten oder wie in meinem Fall für eine Kernspintomographie dauert Monate“, beklagt Gomes.

Die maroden Zustände im öffentlichen Gesundheitssystem, die in einigen Landesteilen gar eine Grundversorgung unmöglich machen, sind in der aufstrebenden Regionalmacht Brasilien ein Stein des Anstoßes. Bei den Demonstrationen im Juni forderten die TeilnehmerInnen neben mehr Geld für Bildung und öffentlichen Transport auch „Krankenhäuser nach FIFA-Standard“ – statt in Stadien sollte die öffentliche Hand lieber in die Gesundheitsversorgung investieren und die Umleitung von Teilen des Gesundheitsetats in private Taschen unterbinden.

Auch Experten empfehlen, dass der Staat wie in Norwegen oder Kuba zehn Prozent des Bruttosozialprodukts in die Gesundheit investiert. Derzeit sind es gerade mal vier Prozent. Regierung und Kongress reagierten schnell, sie versprachen, insbesondere aus den Erlösen der Ölförderung mehr Geld in den Ausbau des Gesundheitssystems zu stecken. Zudem erließ Präsidentin Dilma Rousseff ein Dekret, um auch ausländische Ärzte in den Regionen einzusetzen, die unter Ärztemangel

leiden. Ärzte-Verbände, die sich offenbar um die Privilegien ihres Standes Sorgen machen, protestieren. Laut dem Programm „Mehr Ärzte“ fehlen in Brasilien aber tatsächlich über 15.000 Mediziner. Die knapp 340.000 brasilianischen Ärzte konzentrieren sich auf die städtischen und wohlhabenden Regionen. So verfügt der industrielle Bundesstaat

São Paulo über 2,64 Mediziner pro tausend Einwohner – fast genau das vom Gesundheitsministerium angestrebte Verhältnis. Doch viele Armenviertel in der Metropole und weite Regionen in den armen Bundesstaaten des Nordosten kommen nicht einmal auf ein Zehntel dieser Quote.

Mitte August wurden mit „Mehr Ärzte“ die ersten 1.600 neuen Mediziner in die unterversorgten Gegenden geschickt, unter ihnen gut 500 Ausländer. Aus Sicht der Gewerkschaften muss allerdings mehr getan werden. Die Angestelltengewerkschaft des öffentlichen Gesundheitssystems (Sindsaúde) stellte jüngst gravierende Mängel bei den SUS-Einrichtungen fest. In Krankenhäusern, Gesundheitsposten sowie den Notaufnahmen machte sie unter anderem Risse in den Wänden, undichte Wasserleitungen und unsachgemäße Lagerung von Medikamenten aus. „Die Probleme sind unterschiedlich schwer, aber leider haben wir in allen Einrichtungen Mängel festgestellt“, so Sindsaúde-Präsident Gervásio Foganholi. Diese Missstände seien ein wichtiger Grund für die schlechten Arbeitsbedingungen – und damit auch verantwortlich für die unzureichende medizinische Versorgung der Bevölkerung.

Andreas Behn

Der Autor ist freier Journalist in Rio de Janeiro.



Jung, weiblich, ausgebildet – und ohne festen Vertrag

Jüngere BrasilianerInnen profitieren nicht von den wirtschaftlichen Erfolgen des Landes. Sie müssen immer wieder die Arbeitslosigkeit fürchten. Gizele Martins, 28 Jahre, Journalistin, ist eine von ihnen.

14 Monate dauert ein Arbeitsverhältnis der 18 bis 24-Jährigen im Schnitt. Ihre Arbeitslosenquote war im Jahr 2009 mit fast 17 Prozent deutlich höher als Mitte der 1990er Jahre, als nur jeder Zehnte keine Stelle fand.



Foto: © Stefano Figalo/SFP, facebook.com/sindicatopreparalar

Ein fester Job unter 30 soll kein Traum bleiben: Bündnis von NachwuchsjournalistInnen

Vielleicht ist Gizele Martins in wenigen Wochen ihren Job schon los – wieder einmal. Dabei war die junge Journalistin, die vor anderthalb Jahren ihren Abschluss an der renommierten Katholischen Universität von Rio de Janeiro machte, optimistisch, längerfristig im Pressereferat des Psychologie-Regionalrats, eine Art öffentlicher Think Tank, für die ethische Orientierung dieser Berufsgruppe, mitarbeiten zu können. Doch bei ihrem Arbeitgeber stehen Vorstandswahlen an und danach wird ein Teil der Stellen neu besetzt – „mit Freunden der Vorstandsmitglieder“, befürchtet Gizele. Wehren kann sich die 28-Jährige dagegen nicht. Eine Klausel im Arbeitsvertrag macht diese kurzfristigen Entlassungen rechtens.

Sich als BerufseinsteigerIn von einer befristeten Stelle zur nächsten zu hangeln, ist eine Erfahrung, die in Brasilien nicht nur angehende JournalistInnen machen. Auch wenn die Arbeitslosenquote mit 5,7 Prozent einen historischen Tiefstand anzeigt, ist der makroökonomische Aufstieg des Landes nicht nur von einer Zunahme an Arbeitsplätzen, sondern auch von einer Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse gekennzeichnet. Junge Angestellte sind davon besonders stark betroffen. Wie eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung (FES) festhält, werden diese als erste entlassen, wenn Stellen eingespart werden. Nur

„Arbeitslos sein kann ich mir gar nicht leisten“, meint Gizele. Aufgewachsen in den Favelas der Maré im Norden Rio arbeitete sie, wie über die Hälfte der BrasilianerInnen, bereits während der Sekundarstufe. Auch als Stipendiatin an der Universität erledigte sie nebenher kleine Jobs und Auftragsarbeiten, um die Familie zu unterstützen. Die ehrenamtliche Mitarbeit an einer Stadtzeitung mitgerechnet, kamen so schnell an einem Tag 16 Stunden Arbeit zusammen. Ungewollt lag Gizele damit im Trend – denn laut der FES-Studie wenden die meisten Studierenden „praktisch ihre gesamte Zeit fürs Lernen und Arbeiten auf, haben kaum Freizeit“. Um irgendwann auch im angestrebten Berufsfeld Fuß zu fassen, nehmen viele junge BrasilianerInnen zudem schlecht bis gar nicht bezahlte Praktikaplätze in Kauf. Doch die



Zusätzlich diskriminiert als Frau und Afrobrasilianerin: Gizele Martins


kalkulierte Selbstaussbeutung bringt nicht alle gleichermaßen voran. Frauen stellen in städtischen Räumen 56 Prozent der jungen Arbeitslosen. Ebenso hoch ist die Quote an AfrobrasilianerInnen. Gizele, die in beide Kategorien fällt, ergänzt, dass auch die „Herkunft aus einer armen Wohngegend diskriminierend“ wirkt. „Meine erste unbezahlte Tätigkeit als Praktikantin wurde mir von der RedakteurIn mit den Worten aufgekündigt, ich solle doch besser wieder zu meinesgleichen zurückkehren.“

Beim öffentlichen Fernsehkanal TV Brasil hatte Gizele mehr Erfolg. Nach dem Praktikum bekam sie eine befristete Stelle als Nachrichtenanalystin. Von nun an waren unbezahlte Überstunden an der Tagesordnung, obwohl sich der Sender offiziell an gewerkschaftliche Standards hält. Ein Problem sei aber, dass sich niemand um deren Einhaltung kümmere, meint Gizele. Die Arbeitszeit zu verkürzen und strikter zu regulieren, empfiehlt dann auch die FES-Studie der Regierung als eine zentrale Maßnahme, um die Situation junger Beschäftigter zu verbessern. Zudem sei eine bessere finanzielle Unterstützung Auszubildender und Studierender notwendig. Auch sollten die Jungen stärker an der Ausarbeitung staatlicher Arbeitsrichtlinien beteiligt werden oder aber gewerkschaftlich aktiv werden.

Letzteres ist bei der lokalen Vertretung der Journalistengewerkschaft FENAJ in Rio kürzlich Wirklichkeit geworden, als ein von NachwuchsjournalistInnen dominiertes Bündnis die Wahl zum Vorsitz des Syndikats gewann. Mit dabei ist auch Gizele, die sich dafür einsetzen will, „dass es künftige Generationen ein bisschen einfacher haben werden als wir. Zeitungskrise hin oder her, ein fester Job unter 30 darf kein Traum bleiben“.

Nils Brock

 Nils Brock ist freier Autor in Rio de Janeiro.

 Weitere Infos: „Towards a state policy to combat youth unemployment and the precarious labour market in Brazil“ (FES-Publikation: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09699.pdf>)



„Wir wollen Gewerkschaften vor Ort unterstützen!“

Gewerkschafter haben sich aufgemacht, um nach dem Ende der Militärdiktaturen in Lateinamerika Demokratien mit zu gestalten. „Das fasziniert mich“, sagt Niklaas Hofmann, der ab Januar in Brasilien das Regionalbüro des DGB Bildungswerk BUND leiten wird. Von dem Büro profitieren auch deutsche Gewerkschafter.

Nord | Süd-news: War für das Regionalbüro des DGB Bildungswerk BUND auch mal China im Gespräch?

Niklaas Hofmann: Nie, die Arbeit des DGB Bildungswerk BUND teilt sich im internationalen Bereich auf in Lateinamerika und die übrige Welt. Die anderen Projekte sind in der Türkei, in Südafrika und in Asien. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben traditionell eine starke Bindung zu Lateinamerika. Das kommt aus der Solidaritätsbewegung zu Zeiten der Militärdiktaturen. Später zeigte sich, dass Gewerkschafter in den gleichen multinationalen Unternehmen beschäftigt oder von ähnlichen globalen Phänomenen betroffen sind.

Miserable Zustände in der Fleischbranche oder im Gesundheitssektor – was gehen Sie als erstes an?

Wir machen kein tagesaktuelles Programm. Das ist der Unterschied zu den politischen Stiftungen. Unsere Kooperationen sind in der Regel auf drei Jahre angelegt. Wir fragen: Wo können wir die Kolleginnen und Kollegen vor Ort unterstützen, damit sie zur Entwicklung ihrer Länder beitragen können?

Unterstützen Sie Proteste gegen die Regierungen?

Wir sind ein gewerkschaftliches Bildungsinstitut, das mit gewerkschaftlichen Dachverbänden kooperiert. Wir machen Workshops und Seminare und fördern Projekte unserer Partner. Wir unterstützen Gewerkschafter vor Ort, damit sie bekommen, was sie brauchen, und damit auch die Meinungsbildung zu gewerkschaftlichen Themen.

Mit Broschüren?

Mit Geld und Know how. Mal laden wir eine Delegation nach Deutschland ein, mal bringen wir deutsche Experten nach Brasilien. Eine Firma

wie Thyssen Krupp ist in Deutschland und in Brasilien unterwegs. Da können wir gemeinsam handeln. Auch hierzulande profitieren Gewerkschafter von einem guten Netzwerk. Man muss sich aber vor Augen führen, dass Gewerkschaften in Lateinamerika anders strukturiert sind.

Was ist anders?

In Deutschland gibt es einen starken Gewerkschaftsbund und starke gelebte Arbeitnehmerrechte. In Brasilien gibt es fünf Dachverbände. In Kolumbien drei, in Argentinien mehrere, die sich mehrfach gespalten haben. Die Gewerkschaftslandschaft ist dort viel heterogener. Das macht es schwerer, sich politisch zu organisieren.



Foto: © privat

Niklaas Hofmann, 33, kommt von der GEW

Wie erfolgreich können Gewerkschafter dann sein?

In Brasilien sind die Gewerkschaften stark. Man muss sich vorstellen, wo die herkommen: Bis Anfang der 80er Jahre wurden sie unter einer Militärdiktatur verfolgt. Sie haben sich komplett neu organisiert. Dann haben sie stark zum Erfolg der Arbeiterpartei beigetragen, die jetzt seit gut zehn Jahren die Regierung stellt.

Ein konkreter Erfolg?

In den letzten Jahren wurden viele Brasilianer aus der extremen Armut herausgeholt. Das ist eine Politik, die Gewerkschaften gefordert haben.

Wie ist es in Argentinien?

Die Gewerkschaften hatten in der extrem neoliberalen Phase in den 90ern bis Anfang der 2000er kaum Verhandlungsmöglichkeiten. Durch

die Politisierung der argentinischen Gesellschaft nach der Wirtschaftskrise hat sich das jedoch gewandelt. Mittlerweile sind Gewerkschaften auch dort ein wichtiger Akteur. Sie beteiligen sich an der Aufarbeitung der Militärdiktatur. Sie haben Erfolge bei den Lohnverhandlungen. Allerdings leidet Argentinien auch an einer hohen Inflation und Korruption ist ein Problem.

Kolumbien?

Schwierig, in dem Bürgerkriegsland werden Gewerkschaften von paramilitärischen Kräften bekämpft. Großunternehmen haben sich das teilweise zunutze gemacht.

Woran messen Sie in drei Jahren Ihren Erfolg?

Für mich ist ein Ziel, dass wir im nächsten Jahr arbeitsfähig werden und eine gute Anbindung an die Strukturen in Deutschland und in Lateinamerika haben.

Warum wollen Sie nach São Paulo?

São Paulo ist die Wirtschaftsmetropole in Lateinamerika, der Gürtel rund um die Stadt ist eine enorme Industrieregion. Darum sitzt dort einer der wichtigsten Gewerkschaftsverbände Südamerikas, die Central Única dos Trabalhadores (CUT). Auch die Regionalorganisation des internationalen Gewerkschaftsbundes IGB, die CSA, sitzt dort. Wir wollen mittendrin sein.

Wie groß wird das Büro sein?

In São Paulo liegen die Lebenshaltungskosten zehn bis 15 Prozent über denen in Deutschland. Die Quadratmeterpreise sind im letzten Jahr um 13 Prozent gestiegen. Für Luxus ist da kein Raum.

Was erhoffen Sie sich persönlich?

Privat hoffe ich, dass es meiner Familie auch in Brasilien gut geht, denn ein solches Projekt ist eine enorme Herausforderung für alle. Für das Büro wünsche ich mir, dass wir durch unsere Zusammenarbeit einen positiven Impuls für die Gewerkschaften und die Entwicklung in den Ländern geben. Wenn diese sagen: „Wir wollen mitbestimmen“, fasziniert mich das. Dann wird das Büro ein Traumjob.

Das Interview führte Hanna Gersmann.



Niklaas Hofmann hat als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerika-Institut der FU Berlin gearbeitet. Seit 2006 ist er Mitglied in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, wo er stellvertretender Vorsitzender der Abteilung Wissenschaft im Land Berlin war.



Eine Million für die Finanztransaktionssteuer

Zuletzt hatten es in Europa genau elf Länder doch kapiert: Finanzgeschäfte an der Börse müssen beschränkt werden, und ein gangbarer Weg dazu ist die Finanztransaktionssteuer. Sie verteuert Spekulationen – und bringt der öffentlichen Hand Gelder ein. Für die elf Länder, die mit gutem Beispiel vorangehen wollen, sollte die Einführung nun kurz bevor stehen.

Foto: © Aleks van Sputtofflickr.com; CC BY-SA 2.0



Noch ist die „Steuer gegen Armut“ nicht tief genug verwurzelt: Unterschriftenaktion gestartet

Doch je weiter die Vorbereitungen fortschreiten, desto heftiger formieren sich die Gegner. Unter anderem fand der Juristische Dienst des Rates der EU Anfang September ein einzelnes Element des Gesetzentwurfes der beteiligten Staaten rechtswidrig. Um der so mühsam erkämpften „Steuer gegen Armut“ in dieser Situation mehr Rückenwind zu verschaffen, haben die in dieser Kampagne organisierten Verbände nun noch einmal eine Unterschriftenaktion gestartet. Darin geht es nicht nur um die schnelle Umsetzung, sondern auch darum, sich festzulegen, wie die mit der Steuer eingenommenen Gelder verwendet werden sollen: zur Bekämpfung von Armut und für Klimaschutz. Eine Million Unterzeichner sollen zusammenkommen.



Weitere Informationen und Unterschriftenliste: u. a. www.steuer-gegen-armut.org/mitmachen/1000000-unterschriften.html

Bangladesch: Hoffen auf Entschädigung

Die Opfer des Einsturzes einer illegal erweiterten Textilfabrik in Dhaka in Bangladesch vom April müssen weiter auf Entschädigung warten, auch wenn ein erster Schritt getan ist: Fünf Monate nach der Katastrophe haben sich Vertreter von neun internationalen Textilfirmen unter Moderation der Internationalen Arbeitsorganisation ILO im

September erstmals mit Gewerkschaften und Vertretern der verletzten Opfer und Angehörigen der mehr als 1.100 getöteten TextilarbeiterInnen getroffen. Mit dabei waren Kik, Bon Marché, Camaieu, El Corte Ingles, Loblaw, Mascot, Matalan, Primark und Store Twenty One.

20 weitere Händler dagegen, die ebenfalls in dem Gebäude hatten fertigen lassen, blieben der Veranstaltung fern, darunter Adler Modemärkte, Benetton, Mango, Zara, NKD, Kids Fashion Group, Güldenpfennig. Auch wenn die Verhandlungen zu nicht einem Cent an konkreten Zusagen führten, einigten sich die Teilnehmer doch darauf, einen Entschädigungsfonds einzurichten und koordiniert weiter vorzugehen. Leitlinie sollen dabei die ersten Hilfen sein, die Primark schon im Alleingang geleistet hat. Laut ILO müsste beispielsweise jede Familie, die ihre Ernährerin oder ihren Ernährer verloren hat, die Hälfte von dem bekommen, was diese oder dieser in 25 Jahren durchschnittlich hätten verdienen können. Es geht um rund 3.600 Euro pro Familie und insgesamt um rund 60 Millionen Euro, von denen die Firmen auch nur die Hälfte zahlen sollen.

Man müsse wohl den „öffentlichen Druck wieder erhöhen“, hieß es bei der Kampagne für saubere Kleidung. Besonders skandalös sei, dass es nicht einmal konkrete Zusagen für eine Soforthilfe gegeben habe.



Weitere Informationen: www.saubere-kleidung.de

Anti-Gewerkschaftsterror im Königreich

Swaziland, das kleine Königreich zwischen Südafrika und Mosambik, ist im Ausland berühmt für Safaris, eine sensationelle Landschaft und freundliche EinwohnerInnen. Damit jedenfalls wirbt die dortige Tourismusbranche. Tatsächlich leben 60 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut, König Mswati III hat nicht nur politische Parteien verboten, es gibt auch weder eine freie Presse noch



Foto: © Garry Knight/flickr.com; CC BY-SA 2.0

Protestaktion gegen König Mswati III

eine unabhängige Justiz. Gewerkschaftsrechte werden mit Füßen getreten. In seinem jüngsten Bericht zu diesem Thema zählt der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) Swaziland zu den sieben Ländern, in denen GewerkschafterInnen besonders gefährdet sind – neben beispielsweise Birma, Georgien und Bahrain.

Wie der Anti-Gewerkschaftsterror konkret aussehen kann, demonstrierten die Sicherheitskräfte des Landes Anfang September, als der IGB gemeinsam mit dem Gewerkschaftsverband von Swaziland, TUCOSWA, und den südafrikanischen KollegInnen von COSATU sowie MenschenrechtsaktivistInnen zu einer „Globalen Aktionswoche für Swaziland“ aufgerufen hatten: Der ehemalige COSATU-Generalsekretär Jay Naidoo, der das öffentliche Tribunal leiten sollte, und einige seiner MitstreiterInnen wurden inhaftiert. Sicherheitskräfte stürmten die Veranstaltung und forderten die ausländischen TeilnehmerInnen auf, das Land zu verlassen. TUCOSWA-Generalsekretär Vincent Ncongwane wurde ebenfalls festgenommen und unter Hausarrest gesetzt, er muss mit einer Anklage rechnen. „Wir haben es immer gesagt“, sagte Ncongwane IGB-KollegInnen: „Der Staat will die Menschen einschüchtern und davon abhalten, sich in Gewerkschaften zu engagieren.“



Weitere Infos: www.ituc-csi.org/neuer-igb-bericht-uber-;www.equaltimes.org/news/swaziland-shutdown-global-inquiry-panel

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord|Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover
Kto: 015 201 2522, BLZ: 250 500 00
IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22
Swift: NOLA2EH

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Zukunftsentwickler.
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.